

# Offener Brief zur Änderung der Lehramtszugangsverordnung

Sehr geehrte Ministerin Gebauer, trotz der klärenden Stellungnahmen Ihres Ministeriums und Ihrer Fraktion, möchten wir von studentischer Seite auf diesem Wege Stellung zum Entwurf zur Änderung der Lehramtszugangsverordnung beziehen.

## Zu den Abläufen

Der Entwurf zur Änderung der Lehramtszugangsverordnung, der durch das Schulministerium vorgelegt wurde, hat die entgegengebrachte Kritik durch schlechte Kommunikation fast schon provoziert. Dass die Streichung der Zulassung des Faches “Sozialwissenschaften” Widerstand hervorrufen würde, war absehbar. Zwar stellte das Ministerium wiederholt fest, dass es sich keineswegs um eine Abschaffung des Faches, sondern nur um eine inhaltliche Neuausrichtung handeln soll, jedoch ist gerade deshalb die Namensänderung absolut unverständlich. Vielmehr setzt dieser Entwurf die Klientelpolitik fort, die das Schulministerium schon seit Jahren verfolgt. Mit der Einführung von G9 wurde das bestehende Schulfach “Politik/Wirtschaft” bereits in “Wirtschaft/Politik” umgewandelt. Ihre neuen Vorschläge setzen diesen Weg fort. Der ökonomischen Mündigkeit wird ein höherer Stellenwert zugeschrieben als der politischen. Auch in Ihrem Statement vom 22. Januar haben Sie dies erneut unter Beweis gestellt.

Diese Misere setzt sich fort, wenn man Aussagen Ihrer Fraktion und Ihres Staatssekretärs betrachtet. Häufig ist dabei von der Einführung des Schulfaches “Wirtschaft” die Rede.<sup>1</sup> Dabei wurde dieses Fach weder am Gymnasium noch an der Gesamtschule eingeführt. Diese Aussagen entlarven, dass Sie die von Ihnen gelobte Interdisziplinarität des Faches Sozialwissenschaften wohl gerne ganz von den ungeliebten Anteilen Politik und

---

<sup>1</sup> <https://fdp.fraktion.nrw/content/muller-rech-verbretung-falscher-geruchte-um-das-schulfach-wirtschaft-beenden>, <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/bildungspolitik-die-kritik-am-schulfach-wirtschaft-ist-gegenstandslos/26062684.html>

Soziologie befreien würden. Die vorgelegte Verordnung ist nur ein weiterer Schritt auf diesem Weg.

Die durch Ihren Entwurf entstandene Verunsicherung bei Studierenden des Faches Sozialwissenschaften ist daher keineswegs auf kritische Verbände, sondern auf Ihre eigene misslungene Kommunikation zurückzuführen. Im Zuge der Verbändebeteiligung hatten Studierende kaum Möglichkeiten, Stellung zu beziehen. Sie regieren damit über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Zusätzlich kommt der Entwurf zu einer Unzeit. Mitten in einer Pandemie, die viele Studierende besonders belastet, mit einer möglichen Verschlechterung der eigenen beruflichen Zukunft konfrontiert zu werden, hat zurecht für Irritation und Enttäuschung gesorgt, die wir hier noch einmal bekräftigen möchten.

Selbst in dem Falle, dass die von Ihnen vorgeschlagenen Änderungen die berufliche Zukunft der angehenden Lehrkräfte nicht beeinträchtigen sollten, woran wir stark zweifeln, gibt es viele inhaltliche Gründe Ihren Forderungen mit aller Klarheit zu widersprechen.

### **Warum sind Sozialwissenschaften an Schulen so wichtig?**

Das Fach Sozialwissenschaften steht für eine gleichzeitige Behandlung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Insbesondere diese Interdisziplinarität ermöglicht es den Schüler\*innen, sich ihrer Rolle und Position in unserer Gesellschaft bewusst zu werden. Außerdem ermöglicht es den Lehrenden, individuell auf die Schüler\*innen einzugehen und sich auch teilweise an den jeweiligen Interessensgebieten und Prioritäten ihrer Klasse zu orientieren, ganz gemäß der FDP-Kampagne zur NRW-Landtagswahl 2012: Schulen besser machen und nicht gleicher.

Lange nicht mehr wurde uns die große Bedeutung gesellschaftlicher Fragen so vor Augen geführt wie im letzten Jahr. Die Schüler\*innen werden mehr und mehr konfrontiert mit den Auswirkungen von Individualisierung, Geschlechterverhältnissen, sozialen Ungleichheiten, Integration und Inklusion, Arbeitsverhältnissen, der Rolle des Marktes, Rechtsextremismus und Verschwörungstheorien. Mehr und mehr, insbesondere durch

soziale Medien, werden sie auch in Debatten über diese Themen involviert. All diese Faktoren gestalten unseren Alltag und unsere Gesellschaft mit, sie sind der Ausgangspunkt von sozialen Bewegungen und die Ursache für den Wunsch nach gesellschaftlichem Fortschritt. In jedem Falle gilt es, sie zu verstehen und kritisch zu hinterfragen.

Aufgrund seiner Interdisziplinarität ist das Fach Sozialwissenschaften, insbesondere auch der Teilaspekt der Soziologie, bestens geeignet, um den Schüler\*innen zu ermöglichen, sich eine Meinung zu bilden und ihre Rolle in unserer Gesellschaft zu hinterfragen. Es braucht dieses Fach, welches den Raum schafft für die Vermittlung von Orientierungswissen und Durchblick in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, sodass Schüler\*innen die Fähigkeit erwerben, die eigene politische Position zu entwickeln und wirksam zu vertreten. Nur so können sie einen Überblick über die zentralen Fragen des Lebens bekommen wie „Wer bin ich? Warum bin ich so? Was beeinflusst mich?“. Nur so kann eine Analyse von Alltagsprozessen und gesellschaftlicher Strukturen stattfinden und damit der Alltag bewusster gestaltet werden. Des Weiteren bietet die Schule den Raum, um interkulturelle Perspektiven zu vermitteln und damit, unabhängig vom Einstieg in das Berufsleben, den Horizont erweitern zu können.

### **Das Fach Wirtschaft und Politik**

Das Schulministerium hat es sich zur zentralen Aufgabe gemacht, die jungen Menschen „auf ein selbstbestimmtes Leben und einen erfolgreichen Berufseinstieg in einer globalisierten Welt vorzubereiten“. Die Schüler\*innen sollen befähigt werden, die „politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in unserer Gesellschaft verantwortungsvoll mitzugestalten.“<sup>2</sup>

Um diesem hohen und durchaus sinnvollen Anspruch gerecht zu werden, besteht der Lehrplan im Fach Wirtschaft und Politik primär aus der Vermittlung von Handlungsmöglichkeiten des Individuums innerhalb der marktwirtschaftlichen

---

<sup>2</sup> <https://www.schulministerium.nrw.de/zur-aktuellen-debatte-um-die-lehramtsstudiengaenge-sozialwissenschaften-und-wirtschaft-politik>

Ordnung. Es geht vordergründig um Aspekte wie Unternehmen und deren Gründung, um Gewerkschaften, soziale Sicherung, Handeln als Verbraucher\*innen, globalisierte Strukturen und Prozesse in Wirtschaft und Politik. Quantitativ nebensächlich sind Aspekte wie Demokratie, Gesellschaft und Identität. Vollkommen in den Hintergrund rücken Themen wie Interkulturalität, soziale Ungerechtigkeiten, strukturelle Ungleichheit und kritische Perspektiven auf herrschende Verhältnisse. Nach Lerninhalten mit antifaschistischem und feministischem Anspruch brauchen wir an dieser Stelle nicht einmal zu suchen, dabei war zumindest ersterer historisch ein Fundament politischer Schulbildung, der feministische Anspruch sollte es werden.<sup>3</sup>

Der Lehrplan in seiner neuen Fassung ist, wie Franziska Müller-Rech es treffend formuliert hat, bestens geeignet um „mündige Verbraucherinnen und Verbraucher“<sup>4</sup> auszubilden. Dies entspricht nicht dem angemessen hohen Anspruch, welchen wir an unsere Bildung stellen sollten.

### **Wo liegen jetzt die konkreten Probleme hinsichtlich der Schulbildung?**

Nach Reinhold Hedtke symbolisiere ein separates und vorwiegend auf die Volkswirtschaftslehre gegründetes Fach Wirtschaft den Autonomieanspruch der kapitalistischen Marktwirtschaft gegenüber demokratischer Politik.<sup>5</sup> Bei einem stärkeren Fokus auf den Teilaspekt Wirtschaft scheint es unausweichlich und auch jetzt schon gängige Praxis, dass die unternehmerische Wirtschaft in vielfacher Weise versuche auf die ökonomische Bildung Einfluss zu nehmen. Dabei sei sie auch erfolgreich, indem beispielsweise Unterrichtsmaterialien und -konzepte von Wirtschaftsverbänden mitgestaltet würden.<sup>6</sup> Nicht nur stellt dies einseitig die Sicht von Arbeitgebenden ins Zentrum, sondern es wird auch unmöglich, die Rolle von politischen Akteuren wie dem Markt und Unternehmen kritisch zu hinterfragen und zu erkennen, dass auch diese selbstverständlich Partikularinteressen verfolgen. Es kann nicht

---

<sup>3</sup> <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193808/1945-bis-heute-von-anfang-bis-pisa>

<sup>4</sup> <https://fdp.fraktion.nrw/content/mueller-rech-verbreitung-falscher-geruchte-um-das-schulfach-wirtschaft-beenden>

<sup>5</sup> Hedtke, Reinhold (2012): Die Wirtschaft in der Schule. Agendasetting, Akteure, Aktivitäten. Working Paper Nr. 3, Didaktik der Sozialwissenschaften, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld. Bielefeld. S.1

<sup>6</sup> Engartner, Tim (2013): Das Fach "Wirtschaft" als Fach der Wirtschaft? Einige ausgewählte Aspekte vergangener und gegenwärtiger Debatten, in: GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, H. 3, S. 439-446.

unserem Anspruch entsprechen, diese Partikularinteressen als Bildungsgrundlage der Schüler\*innen zu etablieren. Vielmehr bräuchte es sozioökonomische Bildung an den Schulen in bewusster Abgrenzung zum Mainstream der Wirtschaftswissenschaften, damit gesellschaftliche Zusammenhänge und Interdisziplinarität nicht weiter in den Hintergrund rücken.

Für viele Schüler\*innen bestanden die sozialwissenschaftlichen Fächer schon vor der geplanten Änderung zu einem deutlich größeren Anteil aus wirtschaftlichen Themen. Gemäß einer Datenerhebung von 2017 dominierten wirtschaftliche Themen in allen drei Schulformen in Nordrhein-Westfalen sehr deutlich gegenüber gesellschaftlichen. An keiner Schulform gäbe es auch nur annähernd ein Gleichgewicht von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themenbereichen.<sup>7</sup> Gleichzeitig zeigen Studien der *International Association for the Evaluation of Educational Achievement* aus 2016 deutliche Defizite unter anderem in den Bereichen „politisches Wissen“ und „gesellschaftliche Partizipationsbereitschaft“ bei jungen Menschen in NRW.<sup>8</sup> Demokratie und gesellschaftlicher Fortschritt werden immer wieder und immer mehr als Selbstläufer angesehen, dabei wird niemand als Demokrat\*in geboren – das ist der politischen Bildung bewusst, in der Bildungspolitik ist das allerdings noch nicht angekommen. In den letzten Jahren häufen sich die Ereignisse, welche zeigen, dass dies ein Defizit mit fatalen Folgen sein kann. Ereignisse wie die Querdenker-Demonstrationen, die radikalisierten Proteste vor und im Kapitol in den USA, die grauenhaften rechtsextremistischen Attentate in Halle 2019 und Hanau 2020, sie alle zeigen, dass wir uns mehr mit gesamtgesellschaftlichen Fragen in interdisziplinärer Manier beschäftigen müssen und dass der Anspruch, „mündige Verbraucherinnen und Verbraucher“ auszubilden, nicht den Anforderungen unserer Gesellschaft genügt. Die Schüler\*innen müssen lernen können, wie eine pluralistische Gesellschaft funktionieren kann. In Anbetracht der wachsenden antidemokratischen und faschistischen Prozesse in unserer Gesellschaft ist gesellschaftliche und antifaschistische Bildung so wichtig wie schon

---

<sup>7</sup> Gökbudak, Mahir & Hedtke, Reinhold (2017): 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen, in: Didaktik der Sozialwissenschaften, N. 6, S.13

<sup>8</sup> Hermann Josef Abs & Katrin Hahn-Laudenberg (Hrsg.) (2017). Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster: Waxmann. 368 S.

lange nicht mehr. Entgegenzutreten kann dem jedoch nur, wer sie erkennt und reflektiert. Wenn die Schüler\*innen von diesen Ereignissen wissen, dann wohl auch jetzt schon nur aus den sozialen Medien und nicht aufgrund des Lehrplans.

### **Und wo liegen die Probleme an den Hochschulen?**

Für die Erziehung solcher mündigen Bürger\*innen braucht es weiterhin eine differenzierte Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Problemen. Die Ausbildung der Lehrkräfte im Bereich der ökonomischen Didaktik weist jedoch riesige Lücken auf. Während im Bereich der politischen und soziologischen Bildung Didaktik-Kurse auf die konkrete Umsetzung der Lehrinhalte eingehen, werden im wirtschaftlichen Teil des Studiums reguläre BWL-Vorlesungen oder Kurse zum Personalwesen besucht. Dabei fehlt auch die kritische Auseinandersetzung mit dem (Welt-)Wirtschaftssystem und dem Kapitalismus. Immer wieder wird im Rahmen dieser Debatte Kritik an den geringen wirtschaftlichen Anteilen am sozialwissenschaftlichen Lehramtsstudium angebracht, eine bloße Erweiterung der zu absolvierenden Kurse kann hier jedoch nicht die Qualität des Unterrichts verbessern. Es gibt einen Grund dafür, dass nicht Wirtschaftswissenschaftler\*innen und Bankangestellte an Schulen unterrichten – Schule ist ein Ort der kritischen Bildung und nicht des Lobbyismus.

Ökonomische Bildung muss für das Gesamtverständnis eng mit politischer und soziologischer Bildung verknüpft sein, wobei letztere nicht auf eine „Zulieferer“-Disziplin reduziert werden darf. Gesellschaftliche Probleme, die eng mit dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem zusammenhängen, müssen in ihrer Gesamtheit vermittelt und verstanden werden. Diese Bildung findet jedoch weder an der Uni noch an den Schulen statt. Während in der Soziologie und der Politikwissenschaft stets Bezüge zu ökonomischen Gegebenheiten hergestellt werden, isoliert sich die Wirtschaftswissenschaft und das schlägt sich auch in der Bildung nieder. In anderen Worten: Die kritische Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftssystem und kapitalistischen Zwängen findet schon jetzt nur in der Soziologie und der Politikwissenschaft statt. Das setzt sich nach dem Studium in der Schulbildung fort. Eine stärkere Fokussierung auf Wirtschaft würde also zwangsweise zu einem Wegfall dieser

Auseinandersetzung und einer undifferenzierten kapitalistischen Bildung führen. Fällt der soziologische Aspekt im Studium und an der Schule weg, können komplexe Sachverhalte nicht mehr in ihrer Gesamtheit vermittelt werden. Selbst für die Ausbildung von Schüler\*innen zu „mündigen Verbraucher\*innen“ bedarf es einer kritischen Perspektive auf bestehende Verhältnisse.

„Auch das jetzt vorgesehene neue Lehramtsfach „Wirtschaft-Politik“ wird ein integratives Fach sein, das nicht auf den Bereich Wirtschaft beschränkt ist. Sorgen in Bezug auf die Zukunft der politischen Bildung im Bereich Schule sind somit unbegründet.“<sup>9</sup>

Lehramtsstudierende der Sozialwissenschaften studieren bereits jetzt drei Fächer plus Bildungswissenschaften und Zweitfach um ihren Aufgaben als Lehrkraft gerecht zu werden. Dies müssen sie, um die komplexen Sachverhalte selbst verstehen und schließlich vermitteln zu können. Die Aussage, dass bei einer stärkeren Fokussierung auf die Wirtschaft nicht zwangsweise andere elementare Teile des Studiums und des Lehrplans wegfallen müssten, kann also nicht stimmen.

### **Welche Fragen bleiben offen?**

1. Ist eine Umbenennung des Schulfaches “Sozialwissenschaften” in der gymnasialen Oberstufe ebenfalls geplant? Soll auch hier eine inhaltliche Umgestaltung erfolgen? Wenn ja, welche?
2. In Ihrer Stellungnahme erläuterten Sie: “Die in den nächsten Jahren noch zu erwerbenden Abschlüsse behalten dabei ihre Gültigkeit; alle Berechtigungen, die in der Vergangenheit mit dem Fach „Sozialwissenschaften“ erworben wurden und in den kommenden Jahren von heutigen Studierenden noch erworben werden, bleiben bestehen”. Gehen wir daher recht in der Annahme, dass alle angehenden Lehrkräfte des Faches Sozialwissenschaften eine uneingeschränkte Lehrbefähigung im Fach

---

<sup>9</sup> <https://www.schulministerium.nrw.de/zur-aktuellen-debatte-um-die-lehramtsstudiengaenge-sozialwissenschaften-und-wirtschaft-politik>

Wirtschaft/Politik erhalten werden? Gilt dies weiterhin auch für ein möglicherweise umgestaltetes Fach (s. Frage 1) in der gymnasialen Oberstufe?

3. Welche konkreten Maßnahmen zur Stärkung der politischen und soziologischen Bildung plant das Schulministerium in den kommenden Jahren?

4. Durch welche Maßnahmen werden Sie die betroffenen Studierenden bei zukünftigen Beschlüssen solcher Art schneller und transparenter über Ihre Planungen informieren? Wie werden diese Studierenden zukünftig stärker in Entscheidungsprozesse des Schulministeriums einbezogen?

### **Was fordern wir?**

Der dargelegten Begründung folgend fordern wir Sie dazu auf, den Entwurf zur Änderung der Lehramtszugangsverordnung zurückzunehmen. Insbesondere sollte das Studienfach "Sozialwissenschaften" beibehalten und in seiner Interdisziplinarität gestärkt werden. Mit Blick auf die sozialwissenschaftliche Bildung in der Schule und die wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen halten wir eine Stärkung des Faches für unabdingbar. Die politischen und soziologischen Inhaltsfelder sollten dabei gestärkt werden.

Sollten Sie Ihren Verordnungsentwurf trotz massivem Widerstand nicht zurücknehmen wollen, so müssten Maßnahmen ergriffen werden, damit weder bereits ausgebildete Lehrkräfte der Sozialwissenschaften noch solche in Ausbildung in irgendeiner Form unter Ihren kurzsichtigen Entscheidungen zu leiden hätten. Wir fordern für o.g. Gruppen eine unbefristete Lehrbefähigung für die Fächer Wirtschaft/Politik und Sozialwissenschaften (bzw. das entsprechende Äquivalent in der gymnasialen Oberstufe). Andernfalls werden Sie durch Ihre Entscheidungen bewirken, dass Lehrkräfte mit einem abgeschlossenen Studium der Sozialwissenschaften in Zukunft erhebliche Wettbewerbsnachteile gegenüber Ihren Kolleg\*innen mit einem Studium in "Wirtschaft/Politik" haben werden. All diese Maßnahmen stellen jedoch nur den enttäuschenden Versuch von Schadensbegrenzung dar.



Schaffen Sie keine Klassengesellschaft im Lehramt der Sozialwissenschaften, bekennen Sie sich zur politischen Bildung statt der Vertretung von Partikularinteressen und beenden Sie ihre Klientelpolitik!

Wir freuen uns darauf mit Ihnen in den Dialog zu treten und hoffen auf Antworten zu den von uns aufgeworfenen Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Fachschaften Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Münster

Beauftragung Lehramt des AStA der Universität Münster

Die Fachschaft Grund-, Haupt- und Realschullehramt der Universität Münster